



CSU will Baumschutzverordnung – in Starnberg

Was hat Starnberg, was Herrsching nicht hat? Klar, den größeren See, die längeren Staus, die höhere Bekanntheit. Starnberg könnte im Herbst aber auch eine neue Baumschutzverordnung haben. Der Starnberger Stadtrat diskutiert – auf Initiative der CSU-Fraktion – über einen amtlichen Schutz für erhaltenswerte Bäume. Im CSU-Antrag heißt es: „Die baumschutzlose Zeit ließ nicht das entsprechende Verständnis für die Erhaltung schützenswerter Bäume erkennen.“ In Herrsching hat sich die CSU-Fraktion klar gegen eine neue Baumschutzverordnung ausgesprochen – der Entwurf der Bürgerinitiative Pro Natur wird im Arbeitskreis Umwelt als nachrangiges Thema behandelt.

Dass die CSU-Stadträtin Angelika Kammerl 2021 den Antrag stellte, basiert wohl auf einer konkreten Baumfäll-Aktion. Die Pressestelle der Stadtverwaltung Starnberg teilte auf Anfrage von **herrsching.online** mit: „Soweit ersichtlich, war die Initiative infolge der Geschehnisse im Zusammenhang mit der beabsichtigten Neubebauung auf dem Grundstück an der Ecke Ludwig-/Kaiser-Wilhelm-Straße entstanden, über die auch in der örtlichen Presse wiederholt berichtet worden war. Der Stadtverwaltung gelangten vereinzelt Baumfällungen mit Bedauern zur Kenntnis, die mutmaßlich bei Bestehen einer Baumschutzverordnung zumindest nicht in derartigem Ausmaß erfolgt wären.“

Während in Herrsching der Entwurf einer Baumschutzverordnung im Arbeitskreis Umwelt zum „Hinterbänkler“-Thema herabgestuft wurde, hat der Starnberger Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität das CSU-Papier an alle Stadtratsfraktionen verschickt. Und nur die WPS-Fraktion schickte eine ablehnende Stellungnahme zurück. Begründung für das Nein: Starnberg sei eine außergewöhnlich grüne Stadt mit sehr vielen verantwortungsvollen Bürgern, denen viel am Erhalt dieser attraktiven Situation liege, was sich nach Entfall der Baumschutzverordnung in den letzten Jahren gezeigt habe. Aus Sicht der WPS würde die Wiedereinführung der Baumschutzverordnung einen erheblichen Mehraufwand an teurer Bürokratie bedeuten. Auch BLS hatte sich in diesem Frühjahr gegen eine Baumschutzverordnung positioniert.

Aus den Stellungnahmen zum neuen Entwurf ergibt sich aber eine rechnerische Mehrheit für eine Verordnung im Stadtrat: CSU, Grüne und SPD haben ihre Zustimmung bereits signalisiert.

Dass eine Baumschutzverordnung sogar kontraproduktiv für den Erhalt der Bäume sein könne, ist eines der zentrale Argumente von Verordnungsgegnern. Die Stadtverwaltung Starnberg weist darauf hin, dass der Bund Naturschutz in einer Umfrage unter 2 056 bayerischen Gemeinden ein völlig anderes Bild erhalten hat.

Dazu die Starnberger Stadtverwaltung: „Interessant ist die Aussage zu Fällungen, kurz bevor eine Verordnung in Kraft tritt: Diese werden mit 5 Prozent angegeben, etwa 2 Prozent der Bäume werden gefällt, bevor Bäume in die Verordnung hineinwachsen. Als wichtig wird jedoch die Feststellung erachtet, dass in Städten mit einer Baumschutzverordnung in der Regel weniger Bäume gefällt werden und die geforderten Ersatzpflanzungen für grünere Innenstädte sorgen.“

Category

1. Gemeinde

Date

26/08/2026

Date Created

22/08/2023